



DER KOMMUNIST

Extra

Organ der DKP-Hochschulgruppen

14. Februar 1977

Auf nach Itzehoe

Im vergangenen Jahr, besonders aber in den letzten Monaten nahm die Bewegung gegen Kernkraftwerke in der ganzen BRD einen großen Aufschwung. Und wir können sicher sein, daß wir noch wesentlich mehr werden. Wenn nämlich immer mehr Menschen merken, was es bedeutet ein Kernkraftwerk vor die Nase gesetzt zu bekommen oder gar eine Wiederaufbereitungsanlage mit Atommülldeponie. Dies bereitet der Atomindustrie und der Regierung schlaflose Nächte. Der wüste Polizeieinsatz vom November in Brokdorf war der Auftakt des von Matthöfer propagierten "Bürgerdialogs Kernenergie". Es folgten "Sachargumente" in großer Zahl: Propagandabroschüren, Zeitungsartikel, Fernsehsendungen, Zukunftsprognosen "besorgter" Politiker; zum wohlgesetzten Zeitpunkt gab auch Bundespräsident Scheel seinen Segen für die Kernkraftwerke -ausgewogen, versteht sich.

Im Zweifel ob der Glaubhaftigkeit dieser Argumente schlug man auch andere Töne an. Mit massiven Drohungen sollten die Bürgerinitiativen eingeschüchtert werden.

Die Bundesregierung erklärte:

"Die Bürger sollten sich der Gefahr bewußt sein, daß ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung von terroristischen Gruppen und militanten Feinden unserer Verfassung mißbraucht werden könnte. ...

Die Bürgerinitiativen, die von ihren Grund-

rechten auf gewaltlose Weise Gebrauch machen wollen, müssen sorgfältig überlegen, ob sie nicht wegen des geplanten Mißbrauchs der für den 19.2. vorgesehenen Demonstrationen durch terroristische Gruppen und militanten Feinden unserer Verfassung von einer weiteren Demonstration auf dem Baugelände des Kernkraftwerkes Brokdorf absehen sollten." (UZ 5.2.77)

Zuvor brachte die Springer Presse die die 100 000 DM Ente "DDR bezahlt KKW Gegner". Eine Maßnahme aber stellte alle anderen in den Schatten: Mit den Einsatz des Bundesgrenzschutzes soll zum ersten Mal von den Notstandsgesetzen Gebrauch gemacht werden.

BROKDORF AUS DER SICHT DER HERRSCHENDEN...

Die Absichten der KKW-Befürworter liegen somit klar auf der Hand: Zum einen sollen die Bürgerinitiativen durch die staatliche Machtdemonstration so eingeschüchtert werden, daß sie in Zukunft dem Atomprogramm keinen nennenswerten Widerstand mehr entgegensetzen. Das Atomprogramm ist aus mehreren Gründen für das Großkapital von entscheidender Bedeutung:

- Die Erdölländer werden "immer frecher"
- Namhafte Militärs wollen dringendst eigene Atombomben (s. Schnell-Studie)

- Es winken Extraprofite
 - Unterelbe und andere Gebiete der BRD sollen zu neuen Industriegebieten werden. Zum anderen möchten die Herren verhindern, daß das Beispiel Brokdorf Schule macht. Vielleicht bei Arbeitern, die sich Überlegen, ob sie der Übermacht des Unternehmers mit einer Fabrikbesetzung entgegen treten können, vielleicht bei Mieterinitiativen, Rote-Punkt-Aktionen, überall wo die arbeitende Bevölkerung auf die eigene Kraft vertrauen könnte. Für solche Fälle soll der Einsatz des Bundesgrenzschutzes zur Gewohnheit werden. Bezogen auf die Folgen einer solchen Politik ist Brokdorf nicht mehr als ein kleiner Anhänger.

...UND AUS DER SICHT DER BÜRGERINITIATIVEN

Ein erstes greifbares Ergebnis der Protestbewegung ist zweifellos die Bestätigung des Baustopps in Brokdorf durch das Verwaltungsgericht Schleswig am 10. Februar. Das Gericht begründete die Entscheidung mit der ungesicherten "Entsorgung" und ließ damit gleichzeitig eine Hintertür offen: Schon eine formelle Einigung über den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen macht den Beschluß hinfällig. Unter den Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe setzte sich trotz der Zweifel an der Dauerhaftigkeit solcher Gerichtsbeschlüsse die Ansicht durch, daß eine Platzbesetzung in Brokdorf vorerst die Anti-KKW-Bewegung nicht verbreitern würde. Endgültig klar wurde dies, nachdem Stoltenberg den "Notstand" proklamierte und zugleich einige Gruppen versicherten, auf jeden Fall den Platz besetzen zu wollen. Wörtlich erklärte die BUU: "Die Mehrheit der unmittelbar, besonders auch durch eine Demonstration betroffenen Bürger der Wilstermarsch versteht nicht, daß vor dem Weiterbau am Atomkraftwerk demonstriert wird und ein Besetzungsversuch unternommen wird. Niemand glaubt an eine friedliche Kundgebung. Sie würde schon durch die Polizeimaßnahmen verhindert, denn die Regierung sucht offenbar eine "Entscheidungsschlacht", um von der Diskussion über Atomenergie weg zu einer Diskussion über Gewalt zu kommen."

"Nach wie vor halten wir die Bauplatzbesetzung für ein legitimes Mittel zur Verhinderung von Atomkraftwerken. In Brokdorf sind die Bedingungen dafür aber sehr schlecht. Insbesondere dann, wenn man wie wir, unter keinen Umständen Gewalt gegen Personen anzuwenden bereit ist." (Erklärung des Pressesprechers Lars Hennings, lt. UZ v. 11.2.)

Da ein bloßes Abblasen der Aktion am 19.2.

als Rückzug der Bürgerinitiativen Mißverstanden worden wäre, entschied man sich, für einen Aktionstag in Itzehoe.

MEHRHEITEN, MINDERHEITEN UND MERKWÜRDIGKEITEN

Mit diesem Entschluß der Bürgerinitiativen der Wilstermarsch waren nicht alle Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) einverstanden. Auf der Landesdelegiertenkonferenz am 30.1. in Rendsburg (die vier Regionen Wilstermarsch, Westküste, Ostküste und Hamburg entsenden je zehn Delegierte) sprachen sich insbesondere Hamburg und Delegierte von der Ostküste für eine Aktion am Bauplatz bzw. eine Platzbesetzung auf jeden Fall aus. Es gab keine klaren Mehrheiten auf dieser Konferenz. Die bisher letzte Landeskonferenz der BUU fand am 6. 2. in Wilster statt und wurde im Alleingang der "Brokdorf-Fraktion" einberufen, was zur Folge hatte, daß auch nur diese Fraktion erschienen, die Vertreter der Wilstermarsch nicht. Ihnen ging es nicht um Mehrheiten, sondern darum, daß die ortsansässige Bevölkerung nicht übergangen wird. Es ging ihnen um eine gemeinsame Aktion.

"BUNDES" KONFERENZ VOM 12.2. IN WILSTER

Gleichzeitig beriefen die Hamburger BUU bzw. der KB-Nord eine Bundeskonferenz am 12. 2. der Bürgerinitiativen ein. Nach Presseberichten beschlossen hier mehrheitlich 500 Delegierte nach Brokdorf zu fahren. Nach unseren Informationen - die Delegierten des Göttinger Arbeitskreises werden sicher noch detailierter berichten können - waren circa 40 bis 50 Bürgerinitiativen in Wilster vertreten wovon sich 2/3 für Brokdorf aussprachen. Durch die Art und Weise der Einladung war natürlich schon eine gewisse Vorauswahl getroffen, da z. B. der Bundesverband der Bürgerinitiativen mit dieser Konferenz nichts zu tun haben wollte, vor allem erschienen Bürgerinitiativen aus dem universitären Bereich. Darüberhinaus waren eine Reihe von außeruniversitären Bürgerinitiativen anwesend, die sich über die Kontroverse Brokdorf/Itzehoe informieren wollten. Sie entschieden sich aufgrund der Informationen vor Ort großteils für Itzehoe. Die Marschenkonferenz entsandte lediglich drei Beobachter und maß dem Treffen keine besondere Bedeutung bei.

Es finden am 19.2. auf jeden Fall zwei Demonstrationen statt. Obwohl die Aktion in Itzehoe wesentlich größer und politisch breiter sein wird, werden auch in (?) Brokdorf nicht wenige KKW-Gegner demonstrieren.

Wir halten dies jedoch nach wie vor für abenteuerlich und politisch höchst riskant. Die Landesregierung legt es darauf an, daß es in Brokdorf Tote geben soll. Die Absichtserklärung verschiedener Gruppen (KPD/ML, Fälscher-KPD, Neofaschisten) auf die Provokationen Stoltenbergs einzugehen liegt vor. Dies kann von keinem Teilnehmer in Brokdorf verhindert werden, niemand kann sich den Auswirkungen solcher Aktionen entziehen, eine größere Teilnehmerzahl kann das Risiko auch nicht verhindern.

DIE ARGUMENTE DES KB

"Einigen Initiativen ist es in Brokdorf zu heiß geworden", "Die Rechten wollen sich von den Linken spalten", "Die DKP betreibt Unvereinbarkeitsbeschlüsse", "In Itzehoe soll gegen die Gewalt demonstriert werden", so sieht der KB die Kontroverse Brokdorf oder Itzehoe. Die Bürgerinitiativen der Wilstermarsch seien der verlängerte Arm Stoltenbergs, was geheime Treffen ohnehin bewiesen.

Bei dieser Argumentation greift der KB geschickt die Einschüchterungsversuche Stoltenbergs auf. Die Frage ist nur, ob die Bürgerinitiativen für Itzehoe dieser Einschüchterung tatsächlich erlegen sind. Die Bürgerinitiativen lassen keinen Zweifel daran, daß sie, wenn nötig, sofort zu Platzbesetzungen bereit sind. Stoltenberg wollte hingegen die Atomkraftgegner zum völligen Verzicht auf derartige Aktionen bringen. Dies ist gescheitert. Es handelt sich also um eine taktische und keine grundsätzliche Entscheidung. Wenn der KB sagt, daß in Itzehoe gegen "die Gewalt" demonstriert werden solle, kann man ebenso fragen, ob in Brokdorf für "die Gewalt" demonstriert werden soll. Dies ist eine Frage der Aktionsformen, auf die es keine allgemeingültige Antwort geben kann. In Brokdorf soll den Bürgerinitiativen eine gewaltsame Auseinandersetzung von Seiten der Landes- und Bundesregierung aufgezwungen werden, die sie von der Mehrheit der Bevölkerung isoliert.

Schließlich darf auch der "gewöhnliche Antikommunismus" nicht fehlen. Ein Musterbeispiel dafür ist das Göttinger KB-Flugblatt vom 10. Februar (Uni-VV), auf dem

über die Sitzung des Göttinger Arbeitskreises gegen Kernenergie berichtet wird. Die Argumente einer größeren Zahl von Mitgliedern für eine Aktion in Itzehoe wurden hier so kommentiert: "Eine besonders übelle Rolle auf der Veranstaltung spielte der MSB Spartakus..." Diejenigen, die nach wie vor für eine Aktion in Itzehoe sind, müssen sich vom KB die Frage gefallen lassen: seid ihr Rechte oder DKP-Spalter? - Gar nicht so einfach...

Regierungspräsident Albrecht hat Kanzler Schmidt zugesagt, daß er in der übernächsten Woche der Bundesregierung einen Standort für den Bau einer Entsorgungsanlage für Atom Müll nennen werde. (GT 12.2.)

Durch diese angekündigte Zusage wird Niedersachsen zur Atom Müllkippe Westeuropas. Denn nicht nur der strahlende Müll der bundesdeutschen Kernkraftwerke soll in Niedersachsen aufbereitet werden, sondern die gesamten strahlungsintensiven Rückstände aus dem westlichen Europa. (Vielleicht sogar Brasilien)

Schon im Normalbetrieb wird eine solche Anlage 1000mal soviel radioaktive Substanzen an die Umwelt abgeben wie ein großes Kernkraftwerk!

Es entstehen plutoniumhaltige Abfälle, die nicht abgebaut oder vernichtet werden können und 240 000 Jahre radioaktiv bleiben. Die Abfälle müssen auf Ewigkeit abgelagert werden.

Diese Zusage wird von Albrecht hinter dem Rücken der betroffenen Bevölkerung an Schmidt gegeben. Sie ignoriert die Proteste vieler Bürgerinitiativen, sie ignoriert die Proteste einer großen Anzahl namhafter Wissenschaftler.

Nicht zufällig ergeht diese Zusage gerade jetzt. Das entscheidende Argument für das Landgericht Schleswig, den Baustopp in Brokdorf nicht aufzuheben, war: Das Entsorgungsproblem ist noch nicht gelöst. Mit dem Hinweis auf vorhandene Standorte einer Entsorgungsanlage werden Stoltenberg und die Konzernanwälte versuchen, das in Schleswig ergangene Urteil in der zweiten Instanz zu Fall zu bringen.

Keine Atom Mülldeponie in Niedersachsen und auch nicht anderswo!

Der Tag in Itzehoe

VORMITTAGS:

Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Lokalen der Stadt

Kulturprogramm

mit Uwe Wandrey, Peter Schütt, Gruppe Fidel Michel, Knut Kiese Wetter, Hannes Wader

Großkundgebung

es sprechen repräsentative Vertreter der Kernkraftgegner

Demonstration

durch die Kreisstadt Itzehoe

Kernkraftwerke — Was steckt dahinter?

Interview mit Kurt Steinhaus
Referent beim Parteivorstand der DKP

UZ: Mit der Drohung, den Bundesgrenzschutz gegen Kernkraftwerksgegner einzusetzen, hat die Bundesregierung die Auseinandersetzung erneut eskaliert. Steht es um unsere Energieversorgung wirklich so schlecht, daß man den Bau von Kernkraftwerken nun schon mit militärischer Gewalt erzwingen zu müssen glaubt?

K. Steinhaus: Der Einsatz staatlicher Machtmittel erfolgt immer im Interesse der herrschenden Klasse. Es geht bei dem Versuch, den Bau des Brokdorfer Kernkraftwerkes auch mit Gewalt durchzusetzen, nicht um das Problem der Energieversorgung an sich, sondern um die Interessen der Großkonzerne, die sich von der Realisierung der Atompläne der Regierung riesige Profite erhoffen. Außerdem

20 Milliarden für Konzerne

hat ja der Staat selbst auch den Konzernen über den Staatshaushalt für die Kernforschung bereits Gelder in Höhe von 20 Milliarden DM zukommen lassen. Durch die Protestbewegung der Bürgerinitiativen ist also ein wirkliches „Milliardending“ in Gefahr geraten. Darum geht es — und nicht um unsere Energieversorgung, die durchaus auch auf andere Weise sichergestellt werden kann, vor allem durch eine Ausweitung der Kohleförderung.

UZ: Reicht denn die Kohle wirklich hierfür aus?

K. Steinhaus: Auf dem Territorium unseres Landes lagern Hunderte von Milliarden Tonnen Stein- und Braunkohle. Diese Vorräte reichen für jeden überschaubaren Zeitraum. Die Bundesrepublik als das kohlereichste Land Westeuropas braucht wirklich keine Energielücke zu befürchten. Wir sind in einer wesentlich günstigeren Lage als solche Länder wie beispielsweise Italien oder die DDR, deren eigene Brennstoffvorräte zur Deckung des Energiebedarfes nicht ausreichen. Und in

der Bundesrepublik ist man glücklicherweise auch nicht mit dem Problem konfrontiert, Brennstoffe und Energie über Tausende von Kilometern transportieren zu müssen. Bei uns ist auch für 1985 jeder denkbare Mehrbedarf an Strom ohne weiteres durch Kohle zu decken.

UZ: Wie hoch wäre dieser Mehrbedarf?

K. Steinhaus: Eine solche Frage ist angesichts der Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems schwer zu beantworten. Aber selbst Optimisten rechnen für 1985 mit einem Mehrbedarf von höchstens fünf Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE). Eine Steigerung der Förderung von Braunkohle und Steinkohle um jeweils fünf Prozent jährlich würde bis 1985 über 65 Millionen Tonnen SKE zusätzlich erbringen.

UZ: Würde die Verfeuerung derartiger zusätzlicher Kohlemengen nicht zu einer unerträglichen Luftverschmutzung führen?

K. Steinhaus: Es ist inzwischen technisch durchaus möglich, Schadstoffe aus dem Rauch herauszufiltern. Tut man das, ist auch die Luftverunreinigung auf ein Mindestmaß zu verringern. Darüber hinaus könnten wertvolle Rohstoffe — wie etwa Schwefel — gewonnen werden.

UZ: Nun wird ja die Gefährlichkeit von Kernkraftwerken immer wieder bestritten. Der Betrieb jeder technischen Anlage sei — so heißt es — mit Gefahren verknüpft, die man im Interesse des Fortschritts eben in Kauf nehmen müsse. Man hört sogar die Meinung, ein Hochgebirgsausflug oder der häufige Genuß zu fetter und zu stark gewürzter Speisen sei auch gefährlich...

K. Steinhaus: Derartige Vergleiche sind völlig fehl am Platze. Die durch künstliche Kernspaltung freigesetzte Radioaktivität enthält ein prinzipiell größeres Gefährdungspotential als jede nichtnukleare technische Anlage. Je größer die Zahl der Kernkraftwerke und je dichte

Profitsucht steigert Risiken

die Besiedlung, desto größer und gefährlicher wird auch die Möglichkeit der radioaktiven Verstrahlung.

Und in der kapitalistischen Bundesrepublik, wo die Jagd nach dem Maximalprofit auch die friedliche Nutzung der Kernenergie bestimmt, steigen die Risiken unvermeidlich an. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist in unserem Lande ein gigantisches Atomprogramm durchgepeitscht worden, wobei das Entwicklungstempo der Kernreaktoren alle Rekorde schlägt. Vor allem im Ergebnis dieses Wettlaufs um Absatzmärkte und Profite kommt es fortlaufend zu Havarien, deren Zahl und Ausmaß planmäßig vertuscht werden. Die Bevölkerung der Bundesrepublik hat allen Grund, den beruhigenden Versicherungen der Regierung und der Konzerne zu mißtrauen.

UZ: Gibt es also einen Unterschied zwischen Kernkraftwerken in Kapitalismus und im Sozialismus?

K. Steinhaus: Daß es Unterschiede gibt, ist aus der Herangehensweise kapitalistischer und sozialistischer Länder an Kern-

Unterschiede zum Sozialismus

kraftwerke ohne weiteres ersichtlich. Das erste Kernkraftwerk der Welt wurde 1984 in Betrieb genommen — in der Sowjetunion, die mit Abstand über die längste Erfahrung in der friedlichen Nutzung der Kernenergie verfügt. Heute sind in der großen Sowjetunion aber weniger Kernkraftwerke in Betrieb als in der kleinen Bundesrepublik Deutschland, wo das erste Kernkraftwerk 1961 ans Netz ging. Von den 405 000 Megawatt Kernkraftwerkskapazität, die nach dem Stand von 1975 weltweit in Betrieb, im Bau oder in der Planung waren, entfielen 378 000 auf kapitalistische Länder.

In der Behutsamkeit, mit der die sozialistischen Länder an die Stromerzeugung

Priorität für Sicherheit

durch Kernkraftwerke herangehen, kommt ein hohes Verantwortungsbewußtsein zum Ausdruck, eine klare Priorität für die Sicherheit der Menschen, während die wilde Hektik, mit der solche Länder wie die USA

und die Bundesrepublik Kernkraftwerke geradezu aus dem Boden stampfen, eben die Priorität des Profitprinzips im Kapitalismus zum Ausdruck bringt. Das gleiche zeigt sich übrigens auch bei der Nutzung der Kohle. Während die sozialistischen Länder alle Möglichkeiten der Energieerzeugung nutzen, orientiert man sich in den kapitalistischen Ländern immer nur auf den jeweils profitabelsten Bereich: erst auf das Öl und jetzt auf die Kernenergie. Hierzu nur zwei Zahlen: Zwischen 1950 und 1975 haben die EWG-Länder ihre Kohleförderung um 173 Millionen Tonnen SKE verringert, die RGW-Länder dagegen um 556 Millionen Tonnen SKE erhöht.

UZ: Aber Radioaktivität ist ja wohl unabhängig vom Gesellschaftssystem...

K. Steinhaus: Natürlich gibt es keine spezifische sozialistische Radioaktivität, die weniger gefährlich wäre als Radioaktivität im Kapitalismus. Aber — und hier liegt ein entscheidender Unterschied — im Sozialismus, also unter den Bedingungen des Volkseigentums an den Produktionsmitteln, einer einheitlichen zentralen Planung und der Unterordnung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit unter die Interessen der Menschen bestehen natürlich grundsätzlich andere Möglichkeiten für die Nutzung der Kernenergie als im Kapitalismus. Im Kapitalismus unterliegen

„Risikoreich“ ist noch untertrieben

Planung, Bau und Betrieb kerntechnischer Anlagen ebenso dem Gesetz der Profitmaximierung wie jede x-beliebige Fabrik. Das bedeutet unter anderem, daß solche Maßnahmen wie der Einbau von aufwendigen Sicherheitseinrichtungen, wie das nicht weniger aufwendige Abschalten und Reparieren von Reaktoren aus Sicherheitsgründen immer wieder durchgesetzt werden müssen gegen das Profitstreben der Konzerne, die diese Kernkraftwerke bauen und betreiben. Unter solchen Bedingungen die dichtbesiedelte Bundesrepublik mit einem Netz von Kernkraftwerken zu überziehen — dafür dürfte die Bezeichnung „risikoreich“ noch eine Untertreibung sein. Und — wie gesagt — in der Bundesrepublik besteht hierzu für die überschaubare nächste Zeit auch keine ökonomische Notwendigkeit.